

„Republik Korea“. Ein südkoreanischer Minister und zwei Korrespondenten erhielten Einreise-Visa ins Sowjetreich.

Während einer Tagung der Interparlamentarischen Union in Bonn lobte Sowjetdelegierter Ruben, Präsident des obersten Nationalitäten-Sowjets der UdSSR, den bislang stets ignorierten Vertreter des südlichen Korea wegen der Außenpolitik seiner Regierung.

Grund des Stellungswechsels: Das nördliche Korea, das sich von Stalin einst zum Krieg mit den USA ermuntern ließ, steht heute im Lager der Chinesen. Peking-Führer Hua unternahm seine erste Auslandsreise nach Pjöngjang, Hua-Vize Teng war im September dort (der Sowjet-Vertreter rangierte bei seinem Empfang auf der Besuchliste an 80. Stelle).

Der Feind ihres Feindes ist der Russe potentieller Freund — selbst wenn er in ihren Luftraum eindringt. Auf dem Heimflug von Paris über Alaska drehte im April eine Boeing 707 der Südkoreanischen Fluggesellschaft in der Nähe des Nordpols ab und tauchte über dem sowjetischen Flottenstützpunkt Murmansk auf. Sowjetische Abfangjäger beschossen die Maschine, töteten zwei und verletzten 13 der 97 Passagiere; die Boeing mußte auf einem zugefrorenen See der Halbinsel Kola notlanden.

Die Sowjets behaupteten zunächst, die Südkoreaner hätten im Spionageauftrag das russische Radarsystem checken sollen: Der zuständige Marschall Batizki, 68, Oberbefehlshaber der Luftabwehr des Warschauer Pakts und der UdSSR, wurde sofort in Pension geschickt. Den davongekommenen Passagieren präsentierten die Sowjets für ärztliche Hilfe, drei Tage Vollpension und Rücktransport eine Rechnung über 100 000 Dollar.

Doch den (mit drei Jahren Lager bedrohten) Piloten Kim entließen sie aus der Haft — als „Geste der Freundschaft“. Die sowjetischen Untersuchungsbeamten erklärten den südkoreanischen Fehlflug zum „Zufall“. Diktator Park Chung Hee schickte dem Kreml eine Dankadresse.

## SÜDAFRIKA

### Spitze des Eisbergs

**Aus einem Geheimfonds finanzierte Ex-Informationsminister Mulder eine regierungsnahе Zeitung. Jetzt stürzte er.**

Eingeborene Schönheiten tingelten vor braungebrannten Herren aus Südafrika. Genießerisch schnalzten die Männer im luftigen Sommerdreß mit der Zunge, ihre Damen labten sich an den exotischen Cocktails der Seychellen-Inseln.



# THE CITIZEN

Johannesburg — Friday November 3 1978



## Information row CITIZEN IS FEATURED IN DDOOD

Angegriffene Zeitung „Citizen“: Von Regierung geschmiert



**Gestürzter Informationschef Mulder**  
Im Parlament gelogen

Mit derlei Lust-Reisen im luxuriösen Jet seines millionenschweren Industriellenfreunds Louis Luyt betrieb Eschel Rhodie, Staatssekretär des Informationsministeriums in Pretoria, vorgeblich Politik. Der lebensfrohe Rhodie erschien mal bei den Olympischen Spielen in Montreal (Rhodie: „Nur ein Abstecher“), mal in westafrikanischen Hauptstädten („Neue Freunde gewinnen“) oder auch beim früheren Präsidenten Mancham der Seychellen („Strategisch sehr wichtig“) — immer auf Kosten südafrikanischer Steuerzahler.

Zuweilen nahm auch Minister Cornelius Mulder an den vergnüglichen Politiausflügen seines Staatssekretärs teil. Das wurde ihm jetzt zum Verhängnis. Am vergangenen Mittwoch mußte

er abdanken, nachdem sein Untergebener bereits im Juni geschäftet worden war.

Die „unrichtige Verwendung von Steuergeldern in Millionenhöhe“ entdeckte Richter Anton Mostert eher durch Zufall bei Nachforschungen über Devisenvergehen. „Das Ausmaß der Korruption“, interpretierte Englands Boulevardblatt „The Sun“ die richterliche Entdeckung, „droht Watergate wie ein Parkvergehen erscheinen zu lassen.“

Tatsächlich betrieben die Informationsbeamten ein munteres Millionenspiel. So wurden beispielsweise dem Düngemittelfabrikanten Luyt zwölf Millionen Rand (nach damaligem Kurs 36 Millionen Mark) aus einem Geheimfonds des Ministeriums zugesteckt, mit denen die unbequeme, da liberale, englischsprachige Zeitungsgruppe „South African Associated Newspapers“ (SAAN) aufgekauft werden sollte.

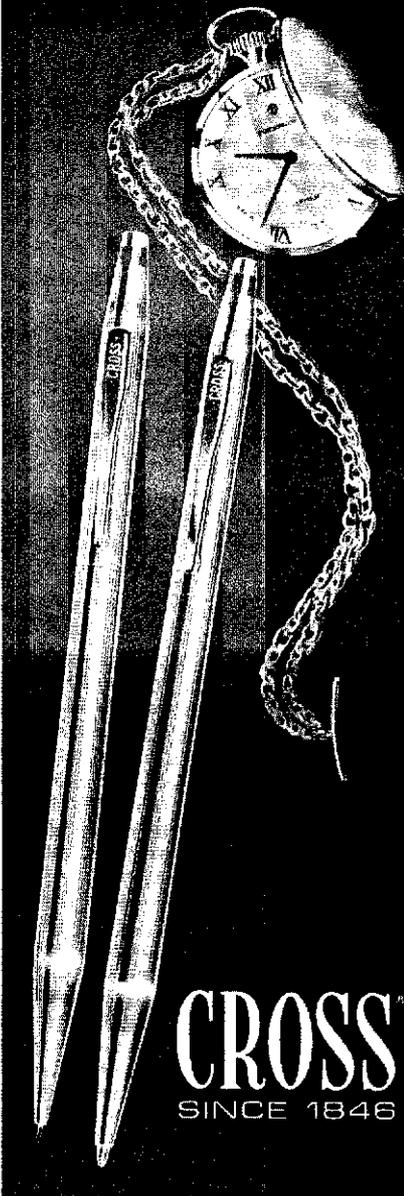
„Geld schien keine Rolle zu spielen“, erinnert sich Luyt an die damalige Unterredung, an der neben Minister Mulder auch der frühere Chef der Staatssicherheitspolizei, Hendrik van den Bergh, teilnahm. Als Kompagnon, so Luyt, sei auch Westdeutschlands Axel Cäsar Springer im Gespräch gewesen.

Das Geschäft scheiterte an der Standhaftigkeit der SAAN-Herren, doch die beamteten Millionehasardeure gaben nicht auf. Sie entschieden mit Billigung des vormaligen Premiers Balthazar Johannes Vorster, den SAAN-Blättern Konkurrenz zu machen — durch eine neue regierungsfreundliche Zeitung, die Johannesburger „The Citizen“ (Auflage derzeit: 71 000).

Rhodie diktierte das Redaktionsstatut. „Die Zeitung wird nichts veröffentlichen, was die politische, soziologische oder wirtschaftliche Position der wei-

Ein Gefühl wird  
zum Gedanken  
wird zum  
Geschenk aus  
echtem Gold

Cross Schreibgeräte  
sind ein Geschenk fürs  
ganze Leben.  
Hochgeschätzt aus  
hochkarätigem Gold.  
14 oder 18 Karat massiv.



Cross Deutschland GmbH, Mainz, Tel. 06131 46116  
In der Schweiz:  
Sigrist & Schaub, Morges, Tel. (021) 710421  
A.T. Cross Limited, Ballinasloe, Republic of Ireland.

Ben Bevölkerung Südafrikas gefährden könnte“, hieß es da zum Beispiel.

Die zwölf Millionen Rand Startkapital wurden als unverdächtige Anweisung der Zürcher „Thesaurus Continental Securities Corporation“ ausgewiesen.

Trotz Auflagensteigerung machte der „Citizen“ Verluste — derzeit täglich 30 000 Mark —, die aus dem Geheimfonds des Ministeriums oft nur widerstrebend gedeckt wurden. Statthalter Louis Luyt verlor schließlich den Spaß am Verleger-Dasein — spätestens, als er seinen Jet beleihen mußte.

„Du bist ein James Bond im Taschenformat“, schrie er einmal den früheren Freund Rhodie an. Kurz darauf wechselte der „Citizen“ nominell den Besitzer, die zwölf Millionen Rand aber blieben bei Luyt.

Stramm rechts und auf Regierungslinie eingestellt, weigert sich die Verlagsleitung des „Citizen“ bislang, ihre Hauptaktionäre zu nennen. Teilhaber, soviel ist bekannt, ist neben zwei konservativen Amerikanern und einem holländischen Verleger „ein früherer österreichisch-ungarischer Prinz, der heute Deutscher ist“ (so die Tageszeitung „Beeld“): Otto von Habsburg.

„Dies ist erst der Anfang“, schrieb Johannesburgs „Rand Daily Mail“ vergangene Woche über den Zeitungsskandal. Neben dem „Sunday Express“ trug die Zeitung maßgeblich zum Rücktritt des Ministers Mulder bei.

Der war bis vor kurzem noch Kronprinz der regierenden Nationalen Partei. Nur wenige Stimmen fehlten ihm vor einigen Wochen in Kapstadt, als schließlich Verteidigungsminister Pieter Willem Botha zum neuen Premier gekürt wurde.

Premier Botha versprach, kaum ins Amt gewählt, eine „saubere Verwaltung“ — weil er womöglich wußte, daß Mulder im Parlament gelogen hatte, als er im Mai dieses Jahres erklärte: „Das Informationsministerium und die Regierung geben keine Gelder an den ‚Citizen‘.“

Die vom neuen Ministerpräsidenten gelobte „rigorose Aufklärung“ indes traf den Aufklärer zuerst: Richter Mostert wurde von seinen Untersuchungspflichten entbunden.

Doch schon droht dem politischen Buren-Establishment, das sich so gern seiner Aufrichtigkeit rühmt, neues Unheil. Kurt Dahlmann, der frühere Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ in der Südwest-Hauptstadt Windhuk, glaubt, daß auch der Verkauf seiner Zeitung und seine Entlassung mit Millionen aus Pretoria gesteuert worden waren (SPIEGEL 35/1978).

Prominente deutsche Politiker sollen sich als hilfsbereite Partner bei den Rhodie-Geschäften betätigt haben. Bisher, so Rhodie, sei nur „die Spitze des Eisbergs“ aufgetaucht.

## RHODESIEN

### Ein Narr

**Das britische Unterhaus verlängerte den Wirtschaftsboykott gegen Rhodesien, den britische Firmen bislang stets brachen.**

Sambias Staatspräsident Kaunda war beleidigt: „Wilson log mich an, genauso wie er die ganze Welt anlog. Ich kann gar nicht sagen, wie verärgert ich bin.“

In Rage versetzte den Staatschef der Bericht einer vom britischen Außenminister David Owen eingesetzten und nach ihrem Leiter, dem Kronanwalt



**Boykottbefürworter Wilson**  
Keinem weh tun

Thomas Bingham, benannten Untersuchungskommission.

Denn die Kommission hatte ermittelt, daß ausgerechnet die Konzerne Shell und BP die von Großbritannien gegen Rhodesien verhängten Sanktionen gebrochen und die abtrünnige Briten-Kolonie jahrelang mit Öl versorgt haben.

Als der Bingham-Report erschien, war auch England geschockt, sprach die britische Presse in Anlehnung an den amerikanischen Watergate-Skandal von einem Oilgate — das war Mitte September. Auch nach der Enthüllung wurden die Öllieferungen von der Londoner Regierung keineswegs gestoppt; im Gegenteil: Sie gehen bis heute weiter.

Die Gesellschaften hatten nicht mal heimlich gehandelt: Bereits 1968 ließen die Londoner Hauptverwaltungen